

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Reich-Ländern M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Inserate werden die Gespaltene Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 233.

Dresden, Freitag den 8. Oktober 1909.

20. Jahrg.

Die Sozialdemokratie im Landtage.

II.
Mit demselben Eifer wie für die Volksschulen sind die demokratischen Abgeordneten in der Zweiten Kammer für die Lehrer eingetreten. Insbesondere haben sie Vertreter bei jeder Gelegenheit versucht, die Gehaltsmittels der Volksschullehrer zu bessern. Heute haben sie noch nicht einmal das gefordert, was die Sozialdemokratie schon vor Jahrzehnten gefordert hat. Petition der Lehrer, die Gehaltsforderungen betrafen, wurden von Sozialdemokraten im Landtage unterstützt. Aber unsere Forderungen auf Herabsetzung der Klassen- und allgemeine Hebung des Volksschulwesens wären beehren zum Vorteil gereicht, denn überfüllte Volksschulen sind nicht nur ein schwerer Nachteil für den Unterricht, sondern auch eine Ueberlastung der Lehrer herbei, die ihre Verrichtung aufreißt.
Freilich haben die Sozialdemokraten auch die Mißstände des Volksschulwesens dargelegt. Dazu hatten sie sehr häufig Gelegenheit, denn massenhaft gingen ihnen Beschwerden anlässigliche Prügelei in den Volksschulen, Mißbrauch des Schulgeldes zu politischen Zwecken und andere Uebelstände zu. Zum größten Teil waren die unzulänglichen Volksschulverhältnisse als die Quelle aller Mißstände anzusehen. Es war auch das Bestreben unserer Vertreter unausgesetzt darauf gerichtet, die Volksschulen auszubauen und eine Fortentwicklung herbeizuführen. Alle Anträge auf Durchführung einer Volksschulreform erreichten heute bei uns noch nicht das, was die Sozialdemokraten früher gefordert und durchzusetzen haben.
Den Ausbau und die Verbesserung der Armen- und Sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten nachdrücklich angestrebt. 1880 schon forderte die Sozialdemokratie in einer Rede, die die Mängel und Ungerechtigkeiten der heutigen Armenfürsorge gründlich bloßlegte, die Übernahme der Armenlasten durch den Staat. Die Forderungen der heutigen Armenfürsorge sind zum großen Teil zurückzuführen, daß gerade die armen Gemeinden die meisten Hilfsbedürftigen zu unterstützen haben, und sie um die Armenlasten bedrückt werden. Es ist daher die sozialdemokratischen Bemühungen im Landtage, die Armenfürsorge darauf gerichtet, sowohl den armen eine bessere Pflege zu sichern, wie den überlasteten Gemeinden durch ausreichende Staatsbeihilfen Erleichterungen zu bringen.

Auch der letzte Landtag hatte sich mit einer vom Zentral- und Sozialdemokratischen Partei Sachverständigenkommission für Uebernahme der Armenlasten auf dem Gebiet der Armenfürsorge, die die Mängel und Ungerechtigkeiten der heutigen Armenfürsorge gründlich bloßlegte, die Übernahme der Armenlasten durch den Staat. Die Forderungen der heutigen Armenfürsorge sind zum großen Teil zurückzuführen, daß gerade die armen Gemeinden die meisten Hilfsbedürftigen zu unterstützen haben, und sie um die Armenlasten bedrückt werden. Es ist daher die sozialdemokratischen Bemühungen im Landtage, die Armenfürsorge darauf gerichtet, sowohl den armen eine bessere Pflege zu sichern, wie den überlasteten Gemeinden durch ausreichende Staatsbeihilfen Erleichterungen zu bringen.
Auch der letzte Landtag hatte sich mit einer vom Zentral- und Sozialdemokratischen Partei Sachverständigenkommission für Uebernahme der Armenlasten auf dem Gebiet der Armenfürsorge, die die Mängel und Ungerechtigkeiten der heutigen Armenfürsorge gründlich bloßlegte, die Übernahme der Armenlasten durch den Staat. Die Forderungen der heutigen Armenfürsorge sind zum großen Teil zurückzuführen, daß gerade die armen Gemeinden die meisten Hilfsbedürftigen zu unterstützen haben, und sie um die Armenlasten bedrückt werden. Es ist daher die sozialdemokratischen Bemühungen im Landtage, die Armenfürsorge darauf gerichtet, sowohl den armen eine bessere Pflege zu sichern, wie den überlasteten Gemeinden durch ausreichende Staatsbeihilfen Erleichterungen zu bringen.

1 800 000 M. für die Polizeidirektion in Dresden, während man andererseits an den Kulturausgaben sparte. Diese völlig verfehlte Finanzpolitik ist von sozialdemokratischer Seite mehrfach scharf kritisiert worden. Sie ist aber mit Unterstützung der herrschenden Konservativen und Nationalliberalen weiterbetrieben worden, bis es schließlich zum Zusammenbruch kam und die Schuldenwirtschaft unter Rüggers Leitung von einer Sparmanie abgelöst wurde, die für die Kulturzwecke noch verberlicher war als das alte System.
Es wäre aber so schlimm gar nicht geworden, wenn nicht die konservativ-nationalliberale Mehrheit 1898 eine Steuerreform der Regierung, die die Einführung einer Erbschafts- und Vermögenssteuer bezweckte, rücksichtslos in den Papierkorb geworfen hätte, weil man die Reichen nicht besteuern wollte oder es nicht wagte — die Reichen, die ja unter dem Dreiklassenwahlrecht allein die Zusammensetzung des Landtags bestimmten. Alle in die Sozialdemokratie trat geschlossen für die Regierungsvorlage ein, allein die „Partei des Umsturzes“ vertrat eine Steuerreform, die die weitere Finanzkrise verhindert hätte. Sozialdemokraten haben gefordert, sondern auch verlangt, daß die hohen Einkommen, besonders solche über 100 000 M., bis zu 8 Prozent besteuert, die kleinen Einkommen aber entlastet werden sollten.
Wäre man den sozialdemokratischen Anregungen und Anträgen gefolgt, dann wäre Sachsen in eine so schlimme Finanz- und Schuldenwirtschaft nicht hineingeraten, dann wäre auch der Steuerzuschlag nicht nötig geworden.
Doch sind die sozialdemokratischen Abgeordneten auch bemüht gewesen, ungerechte Steuern zu beseitigen. So forderten sie seit 1884 wiederholt die Beseitigung der Schlachtsteuer, die dazu beitrug, das Fleisch wesentlich zu verteuern. Erreicht wurde dadurch die Herabsetzung dieser versteckten Fleischsteuer auf die Hälfte.
So sind die Sozialdemokraten im Landtage auch bemüht gewesen, Steuerungerechtigkeiten im Interesse des Allgemeinwohl zu beseitigen und andererseits die Mittel für eine kulturelle Fortentwicklung zu beschaffen, finanzielle Schwierigkeiten zu beseitigen und der Schuldenwirtschaft zu steuern, während die bürgerliche Mehrheit in Sachsen eine wahrhaft staatsgerrückende Finanz- und Steuerpolitik betrieben hat, von der der Finanzminister Dr. Rügger selbst einmal gesagt, daß sie dem Staatsbankrott zugesteuert wäre.

Fünf Milliarden Reichsschulden.
Als einer der hauptsächlichsten Gründe für die letzte „Reichsfinanzreform“ wurde von der Regierung die Notwendigkeit angeführt, endlich einmal der stetigen rapiden Schuldenvermehrung Einhalt zu tun. In der Begründung, die der Schatzsekretär Eydow seiner Steuergelegenheit gab, spielte der Hinweis auf die dringend nötige Schuldentilgung eine sehr erhebliche Rolle. Das übermäßige Anwachsen der Reichsschulden, so hieß es, ist die Ursache, die dem Reich im Ausland, es sei „eine nationale Schandflecke“, diesem Zustand ein Ende zu bereiten.
Unsere Partei hat vorausgesehen, daß es auch mit der Schuldentilgung genau wieder so kommen werde wie in den ganzen letzten Jahrzehnten: Man redet von Schuldentilgung, man schwindelt dem Volke vor, neue Steuern seien dringlich, weil dadurch die Schulden und die Zinslast herabgesetzt werden sollen, aber tatsächlich tritt statt Schuldentilgung immer neue Schuldenvermehrung ein. Der leicht ersichtliche Grund für diese Erscheinung ist, daß eben die Ausgaben immer noch weit mehr gesteigert werden als die Einnahmen.
Vor einigen Wochen bereiteten die offiziellen Fieber langlaufende Jahr werde mit einem Defizit von 284 Millionen abschließen. Es wurde dazu sogleich bemerkt, diese Summe werde sich noch als weitläufig zu niedrig gegriffen herausstellen. Jetzt der Nachtragsetat für 1909/10, der gleichzeitig mit dem neuen Etat für 1910/11 dem Reichstage bei seinem Wiederzusammentritt vorgelegt werden soll, einen Anleihebedarf des Reiches in Höhe von 500 Millionen Mark vorsehen werde. Die neueste Berechnung nimmt an, 1909 weit mehr als 200 Millionen M. betragen werde. Ferner seien noch gezahlt werden sollen, auf den Nachtragsetat gedruckt worden. Hier handle es sich um einen Betrag von 150 Millionen M. und die Ausfälle der Postverwaltung und die des Nachtragssetats seien nur ein paargünstige Faktoren.
Die Anleihebedingungen bedeuten nichts anderes, als daß die Anleihe des Reiches von 4 1/2 auf 5 Milliarden Mark steigen soll, um die neuen Anleihe, die zu Anfang des nächsten Jahres das Licht der Welt erblicken soll, nicht in vollem Umfange eine Neubelastung mit sich bringen, weil ein Teil der anzuwendenden Summe schon jetzt latent auf ausgegebenen Schatzscheinen vorliegt, die das letzte Staatsgesetz der Reichsverwaltung bis zur Höhe von 600 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat. Aber aus der „schwebenden Schuld“ wird nun eine wirkliche Schuld.

Man erinnere sich, daß vor nur etwa zwei Jahrzehnten die Reichsschuld kaum 1/2 Milliarden betrug. Nach so kurzer Frist bringen wir es auf 5 Milliarden!
Fünf Milliarden Reichsschulden — das ist das erste Ergebnis und die erste Wirkung der neuesten „Reichsfinanzreform“. Die Finanzen des Reiches sollten sanfter und surter werden. Sie sind ungeheurer denn je. Die Schuldenwirtschaft wird immer toller! Bis ein gewaltiges Beto des deutschen Volkes dem ungeheuerlichen Treiben ein Ende gebietet!

Das Agrarier Bluturteil.

Wien, am 6. Oktober.
—th— Die blutige Komödie des serbischen Hochverratsprozesses ist zu Ende. Von 53 Angeklagten wurden 21 zu insgesamt 184 Jahren Zuchthaus verurteilt, 22 freigesprochen. Das Strafmaß schwankt für die einzelnen Verurteilten zwischen zwei und fünf Jahren. So hat dieser Prozeß geendet wie er begonnen, wie er vorbereitet und durchgeführt worden: als eine grausame Verhöhnung der Menschlichkeit, als eine blutige Parodie auf das Gesetz der Menschlichkeit, als fünf Monate dauerte die Voruntersuchung, sechs Monate das Verhör der Zeugen, deren 345 vor den Schranken des Staatsanwalts und der Zeugen. Wenn man nach den Gründen der Agrarier Hochverratskomödie fragen will, so liegen sie nur zu offen zutage: mitschuldig zu gleichen Teilen ist die Radikalisierungspolitik der ungarischen Koalitionsregierung und die An-nexionspolitik Khevenhuths. Die ungarische Politik in dem autonomen Kroatien gründete sich bisher auf den konfessionellen Gegensatz der katholischen Kroaten zu den griechisch-orthodoxen Serben, aber dem Befehl Chauvinismus gelang es, die feindlichen Brüder zu vereinen. Die Radikalisierung der kroatischen Eisenbahnen durch Stofuth festigte die serbisch-kroatische Koalition, und Baron Kauk zum Banus ernannt, um die Kroaten durch Gewalt und Korruption zu verderben, gewann bei den Neuwahlen zum Landtag weber für sich noch für seine Anhänger ein Mandat. Er mußte den Landtag verlassen, bevor er noch konstituiert war, und regierte seitdem mit absoluter Gewalt. Um für sein Schandregiment einen Vorwand zu finden, um die katholischen Kroaten von neuem gegen die Serben zu hegen, brachte er Hochverratsaffären, und deshalb kaufte er den Spitzel Aktivist, dessen berüchtigte Proschüre „Finale“ mit dem Gelde der kroatischen Regierung in Budapest verlegt wurde. Hier war mit den romantischsten Details erzählt, daß die serbische selbständige Partei in Kroatien im Dienste der serbischen Regierung in Belgrad arbeite und die Austrennung der serbisch-kroatischen Landesteile von Oesterreich-Ungarn anstrebe. Das konnte noch einem Höheren dienen als dem Banus. Auch Herr Khevenhuth brauchte Schuld beweise gegen Serbien, es waren ja gerade die Lage der serbischen Kräfte, es unter der Patronanz des auswärtigen Amtes, unterstützt durch die ihm ergebene Wiener Presse, von der ungarischen Regierung und deren Vertreter in Agrar, dem Banus, der ungeheuerliche Prozeß in Szene gesetzt.
Man veranstaltete eine förmliche Kazzia in Kroatien, alle in der Radikalisierung Denunzierten und was sich sonst an Mißliebigen fand und durch die Abgeordnetenimmunität nicht geschützt war, wurde verhaftet. Fünf Monate dauerte die Jagd, 53 Verhaftete waren das Ergebnis. Man schleppte die Gefangenen in Ketten nach Agrar, steckte sie während der Untersuchungshaft unter gemeine Verbrecher, ja unter abgeurteilte Mörder, mißhandelte sie derartig, daß ein Hungerstreik unter den Gefangenen ausbrach. In dessen wurde für den Prozeß fleißig Stimmung gemacht. Die Presse des Banus und der von ihm gekauften Partei des Dr. Franz hegte und denunzierte tagen, tagaus, um Regierungskroaten gegen die Serben aufzuwiegeln hatte. Auf's Land gingen bezahlte Agenten des Banus, die Bauern gegen die Serben aufzubekken.

Hätte der Banus zum Untersuchungsrichter einen Mann ausersehen, den das öffentliche Gericht als Desfrandanten und Spion bezeichnete, so wählte er zum Vorsitzenden des Gerichtshofs einen notorischen Trunkenbold, dem er sechs Richter von ähnlicher Qualität beigelegte. Er durfte mit ihrer Arbeit zufrieden sein: 329 Zeugen der Anklage wurden zur Aussage zugelassen, von den Zeugen aber, die die Verurteilung führte, bloß 16, und diese erst am 20. August, im letzten Monat des Verhörs. Der Vorsitzende und Anwälte mit empfindlichen Disziplinarrufen, und wenn ein scharfes Wort der Erwiderung hervorriefen, rächte er sich, und Posten oder mehrwöchigen Ausschluß von den Verhandlungen bestrafte.

Vertical text on the left margin, likely a continuation of the article or a separate notice.